

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 166 (2000)  
**Heft:** 7-8

**Vereinsnachrichten:** Die Seite des SOG-Zentralvorstandes

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# Armee reform; aus der Werkstatt der SOG



## Erster Positionsbezug

Der Zentralvorstand der SOG hat am 8. Mai zwei Grundsatzpapiere zum Projekt Armee XXI veröffentlicht.

Darin zusammengefasst sind die eigenen Grundhaltungen zur Richtung der Reform. Es handelt sich um ein militärpolitisches Papier zu «Ziel und Inhalt der Reform» und um ein «Positionspapier». Beide haben seither nichts an Aktualität eingebüsst (vgl. Zusammenfassung in der letzten ASMZ-Nummer sowie <http://www.sog.ch>). Gleichzeitig hat die SOG die Art der Informationspraxis, die unsystematische Abwicklung des Projektes und das Fehlen von Variantenvergleichen mehrmals kritisiert.

In der Zwischenzeit hat der Bundesrat am 31. Mai wichtige politische Leitlinien beschlossen. Diversen Grundanliegen der SOG wurde dabei Rechnung getragen. Insbesondere müssen zu wichtigen Eckwerten zunächst noch Varianten erarbeitet werden.

## Stellungnahme zum Bundesratsbeschluss

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Bundesratsbeschlüsse veröffentlichte die SOG in den Medien eine erste Stellungnahme. Der Bundesrat habe nun eine gesicherte Basis für den Reformprozess geschaffen. Er habe mit seinen Leitlinien gezeigt, dass er für eine umfassende Reform und Modernisierung offen sei. Im einzelnen fährt das Communiqué wie folgt weiter:

1. Der Bundesrat liegt in vielen Punkten auf einer auch von der SOG unterstützten Linie. Die SOG will sich für eine stark verkleinerte, flexible, modern denkende, gut ausgebildete und ausgerüstete Armee auf dem Niveau europäischer Mittelstaaten einsetzen.

2. Dass der Bundesrat zum Teil noch Bandbreiten offen lässt, erachten wir als Gewinn, weil dies Variantenvergleiche ermöglicht. Dies gilt auch für den Aktivbestand der Armee und für die Aufgaben der Reserve.

3. Bezüglich Finanzen hat sich der Bundesrat richtigerweise eine laufende Anpassung an die Bedürfnisse der Sicherheit und an die technische Erneuerung vorbehalten. Gleichzeitig bekräftigt er als Ausgangslage die Zahlen der Finanzplanung. Damit ist klargestellt, dass für pauschale Budgetreduktionen oder eine Halbierung bzw. Umverteilung kein Spielraum besteht.

4. Besorgt ist die SOG bezüglich der Dauer der Ausbildung. Der Stand des Könnens ist einer der wenigen Trümpfe von Kleinstaaten. Die Ausbildung ist An-

gelpunkt der Glaubwürdigkeit. Wir werden uns für total etwa 300 Diensttage einsetzen. Für die Kader sind wirtschaftsverträgliche Weiterbildungsmodelle nötig.

## Auftrag und Doktrin

Nötig ist noch eine vertiefte Diskussion der Doktrin: Welches sind die Erwartungen an die Armee im Rahmen der neuen Sicherheitspolitik? Wie werden die Strategien und Armeeaufträge miteinander in Beziehung gebracht? Wie werden die Aufträge umgesetzt?

Wir erwarten im Rahmen der Weiterarbeit eine breite und innovative Beurteilung der offenen Fragen. Die vom Bundesrat offen gelassenen Spielräume sind auf Grund von sachlich sauberen und transparenten Entscheidungsgrundlagen des VBS mit Variantenvergleichen von der politischen Behörde mit Inhalt zu füllen.

## Breite Diskussion

Der Zentralvorstand der SOG will im Rahmen der weiteren Armeediskussion aktiv Einfluss nehmen. Er ist das Gremium, welches den Inhalt der SOG-Stellungnahmen definiert. Er hat sich zum Ziel gesetzt, in den nächsten Monaten am Ball zu bleiben und dabei nicht bloss auf Entscheide von Bundesrat und VBS zu reagieren, sondern möglichst präventiv Einfluss zu nehmen. Der Zentralvorstand will dabei eine möglichst breite Verankerung seiner Position in den kantonalen OG und in den Fach OG anstreben. Zu diesem Zweck sollen die Bedeutung und der Rhythmus der Präsidentenkonferenzen ab sofort verstärkt werden.

## Arbeitsgruppen

Anlässlich der Delegiertenversammlung im Juni hat der Zentralpräsident zudem bekanntgegeben, dass fünf Arbeitsgruppen für die Bereiche Miliz/Dienstleistungsmodell, Armeestruktur, Ausbildung, Existenzsicherung und Transformationsprozess gebildet werden. Diese erarbeiten nicht eigene Stellungnahmen gegen aussen, sondern Vorschläge für den Zentralvorstand. Die Arbeitsgruppen sollen im August die Arbeit aufnehmen.

Im übrigen bekennt sich der Zentralvorstand weiterhin zur Grundrichtung der eingeleiteten Reform.

Dazu legte Zentralpräsident Oberst i GSt Ulrich Siegrist in einem Grundsatzreferat vor den Delegierten in Fribourg die Konsequenzen auf, welche sich aus der heutigen sicherheitspolitischen Lagebeurteilung ergeben. Nicht primär aus finanzpoliti-

schen oder volkswirtschaftlichen, sondern aus sicherheits- und militärpolitischen Gründen seien neue Ansätze, neue Aufträge und neue Strukturen nötig.

## Umverteilungsinitiative

Die SOG-Organe werden sich an der Kampagne gegen die Umverteilungsinitiative selbstverständlich beteiligen. Seit der Abstimmungstermin (26. November) nun definitiv feststeht, wurden die Vorarbeiten an die Hand genommen. Die SOG hat sich bereits im Vorfeld wiederholt mit der Argumentation auseinandergesetzt. Es geht diesmal nicht bloss um traditionelle Frontstellungen für oder gegen die Armee, sondern die Argumentation wird auf beiden Seiten breiter ausgreifen. Eine Resolution der Delegiertenversammlung fasste im Juni die Meinung der SOG wie folgt zusammen:

Die Initiative will die Ausgaben in einem einzelnen Aufgabenbereich auf einem bestimmten Niveau langfristig zementieren, womit eine Reaktion auf Veränderungen in der Bedrohungslage künftig unmöglich würde. Der neuen Friedens- und Sicherheitspolitik würden die Mittel ausgerechnet im Moment der Öffnung und Neuausrichtung entzogen. Die Argumente der Initianten richteten sich gegen die alte Militärpolitik der 80iger-Jahre und sei deshalb veraltet; heute würde sie vor allem die Reformen gefährden. Eingespart würde nichts, da die Mittel nur umverteilt werden sollen.

In einem Referat in Aarau gab der Zentralpräsident in diesem Zusammenhang der Besorgnis vieler Offiziere Ausdruck, dass mit der derzeitigen Pauschalkritik von rechts aussen der Umverteilungsinitiative Auftrieb gegeben werden könnte: Werden nämlich wichtige Pfeiler der neuen Sicherheitspolitik immer wieder in Frage gestellt, früher gültige und heute überholte Armeevorstellungen als Rezepte und Dogmen für die Zukunft propagiert, der Reformwille untergraben und das Misstrauen gegen VBS und Armeeführung geschürt, so wird die wichtigste Gegenstrategie gegen die Umverteiler geschwächt. Wichtig ist die Sammlung der Gegnerschaft auf einer gemeinsamen Grundlage, nämlich dem vom Parlament behandelten sicherheitspolitischen Bericht. ■